

Treffen der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg 19.03.2009, Nürnberg, Rathaus (Protokoll Teil 2)

Podiumsdiskussion mit den TeilnehmerInnen:

Herr Beck, Bürgermeister Wunsiedel

Frau Braun, Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus Neumarkt-Dietfurt

Arno Hamburger, Vorstand Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg

Herr Kreiselmeyer, Bürgerbewegung für Menschenwürde Ansbach

Herr Voit, Bürgermeister Warmensteinach

Zusätzlicher Gast: Herr Rothweiler, Stadtrat Weiden

Eröffnet wurde die Diskussion mit einer spezifischen Darstellung der jeweiligen Situation vor Ort im Umgang mit Rechtsextremismus.

Bürgermeister Beck aus Wunsiedel führte aus, dass man sich in Wunsiedel erst 2002 entschlossen hätte, hinzuschauen anstatt wegzuschauen. Die Zeit vorher wolle er aber nicht kritisieren. Die Erfolgsgarantie im Umgang mit Rechtsextremismus sei gewesen, dass eine Allianz aller Kräfte erreicht worden wäre. Eine Delegation fuhr sogar nach Berlin, um eine Gesetzesänderung zu fordern. Die Verbotsbescheide gegen die Hess-Aufmärsche seien regelmäßig aufgehoben worden. Nun habe man ein Gesetz geändert, weil die Gerichte nicht mehr helfen konnten.

Aus dem Burschenverein habe man zwei Rechtsextremisten rausgeschmissen. Unterstützt würden Sportvereine und die Jugend (v.a. an der Hauptschule). Jugendliche anzuprangern oder zu bestrafen, sei keine Lösung, man müsse auf sie zugehen.

Carolin Braun aus Neumarkt ist Stadträtin in Dietfurt und stv. Landrätin in Neumarkt. Es habe sich in Dietfurt eine „Kameradschaft Altmühltal“ gebildet (40 Mitglieder seien bekannt, auch in Gunzenhausen gebe es welche, es gebe hier junge Frauen in Führungspositionen). Die Kameradschaft Altmühltal hätte ein Jahr lang in einer Gaststätte Unterschlupf gehabt, die von einem Rechtsradikalen betrieben worden sei. Die Kameradschaft habe ein Einzugsgebiet bis Cham und Ingolstadt. 2006 habe es mehrere rechtsradikale Konzerte mit mehreren hundert Besuchern gegeben. Dann sei das Aktionsbündnis Neumarkt-Dietfurt als Erweiterung eines Jugendbündnisses dagegen ins Leben gerufen worden (mit dabei: KJR, Jugendinitiativen). Die KSA mache die Drecksarbeit für die NPD (Aufkleben, Wahlkampf Vorbereitung, Verteilungen) und die hätten Geld (u.a. Publikationen

„Neumarkter Stimme“, Dietfurter Stimme“ seien in Hochglanz tausendfach verteilt worden).

Sie äußerte die Bitte, sich zuzugestehen, dass wir ein Problem hätten und hinschauen müssten. Sie gab an, dass es innerhalb der Gemeinden schwierig gewesen sei, sich das Problem „wir haben ein Problem, nämlich Rechtsradikale“ zuzugestehen. Sie argumentierte, dass, wenn wir nicht hinsehen und etwas dagegen unternehmen würden, wir den Rechtsradikalen Zeit geben würden, ihre Strukturen aufzubauen. Sie findet auch, dass Aufklärungsarbeit für Eltern wichtig sei und man sich vernetzen solle, da die Rechtsextremen extrem gut vernetzt seien. Neben dem Plädoyer an alle, dies ebenso freimütig als Problem zu definieren, forderte sie zur Vernetzung auf.

Stadtrat Arno Hamburger, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, beleuchtete Rechtsradikalismus persönlich-historisch. Als er am 27.05.1945 als Soldat der Britischen Armee nach Nürnberg zurückkam, konnte er sich nicht vorstellen, dass man später wieder gegen neue Nazis demonstrieren müsse. Er gab an, dass es bis ungefähr Ende der 50er eine „Schonfrist“ gab, danach seien die braunen Mäuse aus ihren Löchern gekrochen und seitdem gebe es eine ständige Auseinandersetzung damit. Er habe bereits meterweise Drohbriefe und Beschimpfungen erhalten. Vor der (israelitischen) Gemeinde gebe es aber keine Aufzüge von Rechtsradikalen. Er habe die NPD als Verbrecherbande bezeichnet und sei dafür angeklagt worden. Die Kultusgemeinde fehle bei keiner Demonstration gegen Neonazis. Sie mache einen numerisch großen Anteil bei den Demokraten aus. Als ein „Dinosaurier“ (= einer der ZeitzeugInnen) habe er eine differenzierte Wahrnehmung des Geschehens. Der Antijudaismus trete heute als Antizionismus auf. Demokratische Parteien hätten ihm verboten, auf die NPD'ler im Stadtrat zu antworten. Anschließend schilderte er, dass ein Tennisspiel Schweden-Israel in Schweden unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollte.

Arno Hamburger appellierte an die Presse, den Kampf gegen Rechtsradikalismus zu unterstützen, sprach sich für einen verstärkten Druck auf PolitikerInnen aus sowie für ein NPD-Verbot. Die NPD benutze die Demokratie, um diese zu vernichten. Der Tönsberg-Laden sei außerdem ein Skandal.

Heinz Kreiselmeyer: In der Bürgerbewegung für Menschenwürde in Ansbach würden sich Vertreter aller Parteien, Kirchen, ai und Bürger engagieren. Man müsse politisch extremen Entwicklungen im Vorfeld entgegenwirken, da durch sie die Menschenwürde gefährdet sei.

Kreiselmeyer präsentierte den bereits in der Einleitung der Veranstaltung von Bürgermeister Wolf erwähnten Zeitungsartikel und noch mehr statistische Materialien, die allesamt einen Zuwachs der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus belegten.

Seinerseits vermittelte er die Botschaft: Rechtsradikalismus solle verhindert und eine neue Kultur des Hinschauens und Handelns etabliert werden. Folgendes hätten die Recherchen der Bürgerbewegung ergeben: Rechtsextremismus sei im Vormarsch, laut einer Veranstaltung der Bürgerbewegung mit Beckstein als Referenten, würden

die rechtsextremen Straftaten steigen. Rechtsextremismus werde laut Süddeutscher Zeitung (gemeint ist die Pfeiffer-Studie) zu einer Jugendbewegung. Still zu halten, um keine schlafenden Hunde zu wecken, sei falsch.

Eine Internetrecherche habe zwölf Fundsachen in der Region Ansbach erbracht: Einheit Franken der HDJ, Sonnwendfeiern, 2007 polizeiliche Maßnahmen in Altengreuth, HDJ-Osterwochenende, 30 HDJ-Angehörige im Kreis Ansbach, Rechtsrock-Konzerte (Spreegeschwader, Act of violence mit 300 von der Polizei unbehelligten Teilnehmern), Frank Rennie in Altengreuth/Schillingsfürst, der 30 Tonträger veröffentlicht hätte, von denen 20 indiziert seien (Anm. Protokoll: Es sind 9 indiziert). 2007 sei er in Moskau und Schweden aufgetreten; eine Kampagne gegen die Zeit- und Leiharbeit; Immobilienkäufe würden getätigt – ohne Diskussion habe Rennie 2007 ein 1000 qm Grundstück mit Anwesen in Insingon gekauft.

Rechtsextremismus sei eine Realität, die wir niemals als Normalität betrachten dürfen. Wir dürften Rechtsextremismus nicht relativieren oder kleinreden. Wichtig sei eine partnerschaftliche Kooperation mit Kommunen, der Polizei und der Zivilgesellschaft.

(Diskussion zwischen Kreiselmeyer und Hamburger: Herr Hamburger kommentiert, dass wenn die Überschrift in der Süddeutschen Zeitung, nämlich, dass Rechtsextremismus eine Jugendbewegung sei, stimmen würde, er sich aufhängen oder die Koffer packen müsse. Die Presse schreibe die Jugend schlecht. Wir hätten nicht versagt, sondern seien zu spät aufgewacht. Von einer Jugendbewegung könne man seiner Ansicht nicht sprechen, so schlimm sei es nicht. Herr Kreiselmeyer widerspricht aufgrund der Fakten, denn 45.000 Jugendliche seien befragt worden. Dann wird noch über Statistik debattiert.

Der Stadtrat aus Weiden sagt, die Kameradschaft Süd habe Mitte Februar 2009 eine Demonstration zum 1. Mai angemeldet. Als Gegenmaßnahme sei evtl. ein Fest der Demokratie beabsichtigt, über das genaue Vorgehen sei man sich aber noch nicht im Klaren. Möglicherweise sei es jetzt auch an der Zeit, sich zu vernetzen. Ein großes Mobilisierungspotential hätten die rechtsextremen Gruppierungen Widerstand Weiden und Widerstand Tirschenreuth.

Herr Voit, 1. Bürgermeister von Warmensteinach, wo es bis letztes Jahr nie offene rechte Tendenzen gegeben hätte. Eine Wilhelm-Tietjen-Stiftung wollte 2008 einen Gasthof in Warmensteinach für 1,8 Millionen Euro kaufen. Bisher habe es zwei Veranstaltungen von Rechtsradikalen gegeben: Bei einer Mitte August 2008 kamen 2.000 GegendemonstrantInnen; eine Woche vor der Landtagswahl im September 2008 sei ein VW-Bus mit Lautsprecherwagen durch die Gegend gezogen. Mit Hilfe des Baugesetzbuches (§ 25) gäbe es im Rahmen der Bauleitplanung Möglichkeiten der frühzeitigen Intervention. Nunmehr sei die Angelegenheit vor dem Landgericht in Bayreuth, da ein unabhängiger Sachverständiger den Wert auf 230.000 Euro festgesetzt hatte, was einen Kaufpreis von 1,8 Mio Euro ausschließen dürfte. Der rechtsextreme Rechtsanwalt Rieger klagt gegen das Vorkaufsrecht der Gemeinde und auf die Höhe der Verhandlungssumme (demnächst am Landgericht Bayreuth).

Voit interpretiert die Strategie der NPD als Erpressung der Kommunen und damit rechtswidrig.

Er sprach sich sehr für Bürgerarbeit aus, betonte, „unglaublich, was Bürger für kreative Einfälle hätten und was sie leisten könnten“.

Anschließend wurden die Mikrofone im Publikum geöffnet.

* Manfred Lehner (Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus): Jugendliche in Fürth würden ihren Kopf gegen Rechtsextreme hinhalten und bräuchten mehr Schutz vor diesen.

* Lutz Simon (Koordinator des Projekts Schule ohne Rassismus in Nordbayern): Rechtsextremismus sei in der Mitte der Gesellschaft angelangt. Die Jugend sei lediglich Spiegelbild der Gesellschaft, weshalb die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung auch auf ältere Gesellschaftsschichten übertragbar sei und kein herausstehendes Merkmal der Jugend bilde.

* Günter Pierdzig (Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus): Er stellte die Arbeit der nordbayerischen Bündnisse gegen Rechtsextremismus vor, die das Ziel hätten, sich gegenseitig zu informieren und Hilfestellung zu leisten. Er forderte im Namen der Nordbayrischen Bündnisse gegen Rechts die Rehabilitierung der GegendemonstrantInnen aus Gräfenberg – ein kurzer Stromausfall verhinderte hier die vollständige akustische Übertragung, die zu Schluss des Beitrags wieder einsetzte. Laut den nordbayerischen Bündnissen hielten viele GegendemonstrantInnen im Kampf gegen rechts ihren Kopf aus dem Fenster. Gegen sie gäbe es Einschüchterungsversuche (so geschehen nach einer friedlichen Demonstration am 25. Juli 2008 in Gräfenberg). Die Polizei sei mit Fotos von Gegendemonstranten (hier kurzer Stromausfall) durch die Ortschaft gelaufen, 80 Personen erhielten polizeiliche Vorladungen und mussten sich teilweise erkennungsdienstlich behandeln lassen. Wenn passiver Widerstand gegen Rechts so behandelt würde, dann stimme etwas nicht (Publikum applaudiert).

* Herr Hann aus Erlangen erinnert an die Aktivitäten der Wehrsportgruppe Hofmann vor 30 Jahren. Heute seien in der Erlanger Löwenichstraße das Horst-Wessel-Lied zu hören und eine rechtsradikale Burschenschaft dürfe an der Universität Erlangen offen für sich werben.

* Ein Vertreter des BLSV (Bayrischer Landessportverband) fragte nach den Finanzen der Allianz. Er führte das Argument an, gerade auf dem Gebiet des Sports gäbe es viele Jugendarbeitsinitiativen, die jedoch alle kurzfristig und nicht nachhaltig seien, da nicht weiterfinanziert wird. Er nahm auch Stellung zur Äußerung von Herrn Voit, er sei in seiner kleinen Gemeinde von dem Geschehen (Rechtsradikale) überrascht worden, indem er anführte, die Auseinandersetzung mit und der Widerstand gegen Rechtsextremismus sei keine Überraschung, sondern Teil seines politischen Mandats, das er als Bürgermeister übernommen habe.

* Frau Sambale (VVN-BdA) gab an, dass ein reines Verbot der NPD ungenügend sei, fragte aber nach den 175.000 Unterschriften mit der Forderung eines NPD-Verbots, die „irgendwo im Bundestag“ festhingen. Sie bat um Klärung des Verbleibs und

entkräftete das Argument des Schutzes der V-Leute mit dem Abzug derselben vor einem Verbot.

Zurück auf dem Podium lautete die nächste Frage: „Was sei das Wichtigste im Kampf gegen den Rechtsradikalismus“

Antwort M. Helmbrecht (Bürgerforum Gräfenberg): Wir müssten uns die Frage stellen, wie wir leben wollen. Er wünsche sich eine Gesellschaft, die bunt, offen und demokratisch sei.

Kreiselmeier (Bürgerbewegung f. Menschenwürde, Ansbach): Schule anders definieren, Jugend ins Zentrum rücken, Menschenrechtserziehung

Beck (Bürgermeister Wunsiedel): Kommunalpolitiker seien Schutzschild für Jugend. In Wunsiedel seien alle Schulen SOR-Schulen. (Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage). Die CDs der NPD seien in all diesen Schulen kaputtgemacht worden.

Arno Hamburger (Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg): Die Justiz müsse wieder den normalen Bürgers schützen.

Frau Braun (Bündnis gegen Rechts Neumarkt): Es brauche mehr Courage. Oft fehle der Mut der Verantwortlichen, einzugestehen, dass es Rechtsradikalismus gäbe (beispielsweise finde sich darauf kein Hinweis auf der Homepage der Kommune).

Voit (Warmensteinach): Rechtsextremismus gebe es weltweit. Der Staat müsse Gegenmaßnahmen entwerfen.

Vertreter aus Weiden: Mann solle auf die Jugend zugehen, „Schulen ohne Rassismus“ einführen.

danach ein Mittagessen und weiter ging´s um 14.00h

Herr Hesselmann vom Menschenrechtsbüro stellte das 10-Punkte-Handlungsprogramm und die Organisationsstruktur vor (s. Anlage)

Er erläuterte die Notwendigkeit des Handlungsbedarfs u.a. damit, dass die Bürgerinitiative Ausländerstopp 2002 2,3 % der Stimmen erhalten hätte – 2008 waren es bereits 3,3 %. In einzelnen Stimmbezirken gab es einen Zuwachs bis auf 10 oder 12 %, wobei dies allesamt Bezirke mit einem Arbeitslosenfaktor von 15-16 % waren. Vor dem Hintergrund der Krise sei nicht auszumalen, wie die nächsten Wahlen verliefen. Gefährlicher als die öffentlichen Auftritte seien für ihn die Biedermänner-Auftritte.

Die Aufgaben der Allianz seien:

- Austausch von Erfahrungen, Informationen und Förderung von best-practice-Beispielen
- Koordination regionaler und überregionaler Aktionen

- Weitere Kommunen zur Mitwirkung gewinnen
- Mit Kundgebungen reagieren
- Inhaltlich in die Offensive gehen
- Widerstand gegen Rechtsextremismus organisieren

Im Herbst 2009 solle eine Tagung mit Schulleiter/innen und Lehrer/innen stattfinden. Er forderte die Kommunen auf, Rückhalt zu geben und auf dieser Ebene eine gemeinsame Begegnung aller Widerstandskräfte zu schaffen und mahnte präventive inhaltliche Arbeit an. Hier führte er die Sigmund-Schuckert-Schule als Demonstrationsbeispiel an, wo Präventionsarbeit und Workshops angeboten werden.

Die Koordinierungsgruppe würde nur vorläufig gewählt werden, bis im Herbst 2009 die erste ordentliche Mitgliederversammlung stattfindet, welche dann die erste ordentliche Koordinierungsgruppe für die nächsten zwei Jahre wählt.

Aus dem Publikum meldete sich jetzt Stefan Doll (DGB-Vorsitzender): mit scharfer Betonung kritisierte er die mangelnde Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppierungen an der Allianz (z.B. Gewerkschaften), begrüßte die Idee des Jugendparlaments, forderte jedoch auf, das Handlungsprogramm nochmals zu überarbeiten. Er bedankte sich bei Herrn Hesselmann für die Erwähnung der Finanzkrise als Einflussfaktor für wachsenden Rechtsradikalismus. Wir befänden uns in einer der schwersten Wirtschaftskrisen, was 80 % der Erklärung des Rechtsextremismus ausmache. Die Lösungen der Rechtsextremen seien deutschnational. Er kritisierte das Lohndumping und forderte in diesem Zusammenhang, das Handlungsprogramm nochmals gründlich zu überarbeiten. Er fragte auch, wo die Vertreter der Wirtschaft seien.

Hier geriet der direkt antwortende Herr Hesselmann in die Defensive, definierte seinen Auftrag als lediglich Vorbereitung einer zukünftigen Allianz, die Koordinierungsgruppe würde im Herbst gewählt. Bis dahin sollten auch die Schulleitungen und LehrerInnen zur Förderung zweier Programmenthemen angesprochen werden und teilnehmen.

Lutz Simon warf ein, Jugendliche einzuladen, nicht Schulleiter (daraufhin kurze Diskussion darüber).

Eine Vertreterin der Stadt Fürth regte an, nicht bis Herbst zu warten, sondern die erste Mitgliederversammlung früher zu veranstalten.

Hesselmann warf ein, dass, wenn wir gegen Rechtsextremismus kämpfen würden, wir keine undemokratischen Wege gehen dürften. Er versuche aber, noch vor der Sommerpause eine neue Zusammenkunft der Allianz zu organisieren.

Frau Richter (Moderation) betonte, wir müssten uns auf eine langfristige Arbeit einstellen.

* Eine Frau begrüßte die Aktion als solche, forderte aber auch Taten nach den Worten und sprach sich dafür aus, schon mal Buttons auf die Homepages der Gemeinden zu stellen, worin auf die Allianz verwiesen würde.

Herr Hesselmann sprach nun davon, dass neben dem von OB Maly angekündigten Bundeszuschusses auch eine langfristige kommunale Finanzierung von Nöten sei. Bisher wurde die Arbeit über das Menschenrechtsbüro finanziert.

* Ein junger Mann meldete sich, als Fragen aus dem Publikum im Anschluss zugelassen wurden, und hinterfragte die Einladungsstrategie, da keine MigrantInnen(vertreterInnen) anwesend waren

* auch eine Vertreterin der VVN sprach sich für einen nächsten Termin mit mehr BürgerInnen und Jugendlichen aus

* Der Vertreter der türkischen MigrantInnen bedankte sich für die Allianz und gab an, er habe von der Veranstaltung aus der Zeitung erfahren

* Eine Vertreterin der VVN-BdA warf ein, sie habe Angst, dass viel geredet, aber wenig getan werde. Sie kritisierte, dass vielen VertreterInnen der Zivilgesellschaft die Teilnahme an einer derartigen Alliantagung aufgrund der Terminierung während der Arbeitszeit unmöglich sei. Die Moderation (Frau Richter) wies darauf hin, dass Reisekosten zu Alliantreffen übernommen werden könnten.

Protokoll: S. Roth, Nürnberger Bündnis Nazistopp